

BR/GT I/141 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 26. November 1971
BR/GT I/141/71

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

- ZWEITER VORENTWURF EINES UEBER-
EINKOMMENS UEBER EIN EUROPÄISCHES
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Artikel	16
	35 a
	64
	101
	101 a
	106 a (neu)
	133
	136
	137 a
	137 b (neu)
	141
	171

- ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Nummer	3	zu Artikel	16
	4	zu Artikel	16
(neu)	1	zu Artikel	56
(neu)	1	zu Artikel	57
	1	zu Artikel	63
(neu)	1	zu Artikel	65
(neu)	6	zu Artikel	101
	2	zu Artikel	130
	5	zu Artikel	136
	7	zu Artikel	136
	1	zu Artikel	140
	2	zu Artikel	140
	2	zu Artikel	141
	3	zu Artikel	141
	7	zu Artikel	145

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeitete Texte)

Artikel 16

Patentanmeldung durch Nichtberechtigte

(1) Ergibt sich aus dem erkennenden Teil einer rechtskräftigen Entscheidung, dass das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 bezeichneten Person zusteht, die nicht der Anmelder ist, so kann diese Person, sofern das europäische Patent noch nicht erteilt worden ist, innerhalb einer Frist von ... Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung in bezug auf die in der Patentanmeldung benannten Vertragsstaaten, in denen die Entscheidung ergangen oder anerkannt worden oder aufgrund eines besonderen Protokolls anzuerkennen ist,

- a) erklären, dass sie die europäische Patentanmeldung an Stelle des Anmelders als eigene Anmeldung weiterverfolgt,
- b) eine neue Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einreichen oder
- c) lediglich beantragen, dass die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen wird.

(2) Im Fall des Absatzes 1 Buchstabe a gelten, sofern die frühere Anmeldung für Vertragsstaaten bestehen bleibt, in denen die Entscheidung keine Geltung hat, der frühere Anmelder und die Person, der aufgrund der Entscheidung das Recht auf das europäische Patent zusteht, vor dem Europäischen Patentamt nicht als gemeinsame Anmelder, es sei denn, dass beide dies verlangen.

Artikel 16 (Fortsetzung)

(3) Im Fall des Absatzes 1 Buchstabe b gilt die neue Patentanmeldung als an dem Tag der früheren Anmeldung eingereicht und genießt gegebenenfalls deren Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der neuen Anmeldung nicht über das hinausgeht, was in der früheren Anmeldung beschrieben worden ist. Die frühere europäische Patentanmeldung gilt für die in ihr benannten Vertragsstaaten, in denen die Entscheidung ergangen oder anerkannt worden ist, mit dem Zeitpunkt der neuen Anmeldung als zurückgenommen.

(4) Ergibt sich aus dem erkennenden Teil einer rechtskräftigen Entscheidung, dass das Recht auf das europäische Patent für einen Teil des in der Anmeldung offenbarten Gegenstands einer in Artikel 15 Absatz 1 bezeichneten Person zusteht, die nicht der Anmelder ist, so sind für diesen Teil Absatz 1 bis 3 entsprechend anzuwenden. Erforderlichenfalls ist die ursprüngliche Anmeldung auf den Rest des darin offenbarten Gegenstands zu beschränken und hat verschiedene Ansprüche für beide Gruppen von Staaten zu enthalten. Im letzteren Fall können oder, wenn es das Europäische Patentamt für erforderlich hält, müssen eine geänderte Beschreibung oder geänderte Zeichnungen für die beiden Gruppen von Staaten eingereicht werden.

KAPITEL I a
ZUSTAENDIGKEIT DES VERWALTUNGSRATS

Artikel 35 a

Erlass und Aenderung allgemeiner Vorschriften

- | | | |
|-----|---|---------------------------|
| (1) | { | |
| a) | { | Unverändert gegenüber |
| b) | { | Dok. BR/134/71 |
| c) | { | |
| (2) | { | |
| a) | { | Unverändert gegenüber dem |
| b) | { | Zweiten Vorentwurf eines |
| c) | { | Uebereinkommens 1971 |
| d) | { | |
| (3) | { | Unverändert gegenüber |
| | { | Dok. BR/134/71 |

(4) Der Verwaltungsrat fasst die in der Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen vorgesehenen Beschlüsse.

VIERTER TEIL
DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

KAPITEL I
Einreichung und Erfordernisse der Anmeldung

Artikel 64

Einreichung der Anmeldung

- (1) { unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines
(2) { Uebereinkommens - 1971

(3) Ein Vertragsstaat darf weder vorschreiben noch zulassen,
dass europäische Teilanmeldungen bei der in Absatz 1 Buchstabe b
genannten Behörde eingereicht werden.

KAPITEL III
Einspruchsverfahren

Artikel 101

Einspruch

- (1) (Unverändert gegenüber Dok. BR/134/71
- (1a) (Unverändert gegenüber dem Zweiten
(Vorentwurf eines Übereinkommens 1971
- (1b) (Unverändert gegenüber Dok. BR/134/71
- (2) (Unverändert gegenüber dem Zweiten
(Vorentwurf eines Übereinkommens 1971

(2a) Weist eine Person nach, dass sie in einem Vertragsstaat oder in mehreren Vertragsstaaten aufgrund einer rechtskräftigen Entscheidung an Stelle des bisherigen Patentinhabers in das Patentregister dieses Staats oder dieser Staaten eingetragen ist, so tritt sie auf ihren Antrag in bezug auf diesen Staat oder diese Staaten an die Stelle des bisherigen Patentinhabers. Abweichend von Absatz 1 a gelten der bisherige Patentinhaber und die Person, die ihr Recht geltend macht, nicht als gemeinsame Inhaber, es sei denn, dass beide dies verlangen.

- (3) (Unverändert gegenüber Dok. BR/134/71

Artikel 101 a

Einspruchsgründe

Der Einspruch kann nur darauf gestützt werden,

- a) (Unverändert gegenüber dem
(Zweiten Vorentwurf eines
- b) (Uebereinkommens 1971
- c) dass der Gegenstand des europäischen Patents weiter ist
als der Inhalt der eingereichten Patentanmeldung oder,
wenn das Patent auf einer Teilanmeldung oder einer nach
Artikel 16 eingereichten neuen Anmeldung beruht, als der
Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich ein-
gereichten Fassung.

Artikel 106 a (neu)

Beitritt des vermeintlichen Patentverletzers zu einem
vor dem Europäischen Patentamt anhängigen Einspruchsverfahren

(1) Der Dritte, der nach Ablauf der Einspruchsfrist dem Europäischen Patentamt nachweist, dass der Inhaber eines europäischen Patents gegen ihn eine Verletzungsklage erhoben hat, kann einem Einspruchsverfahren gegen dieses Patent, das vor der Einspruchsabteilung oder der Beschwerdekammer anhängig ist, beitreten, sofern er die in Artikel 101 Absatz 1 vorgesehene Gebühr entrichtet. Der Antrag auf Beitritt, der an das mit dem Einspruch befasste Organ zu richten ist, ist zu begründen, muss das Vorbringen und die Anträge des Beitretenden enthalten und von einer Abschrift der Beweisstücke begleitet sein. Die Einspruchsabteilung oder die Beschwerdekammer entscheidet über den Beitritt.

(2) Die Artikel 101 Absätze 2 und 3, 101 a, 101 b, 102, 103, 105 und 115 sind auf das Beitrittsverfahren anzuwenden.

SIEBENTER TEIL
NICHTIGKEIT DES EUROPÄISCHEN PATENTS

Artikel 133

Nichtigkeitsgründe

- (1) { Unverändert gegenüber
{ Dok. BR/134/71
- a) { Unverändert gegenüber dem
{ Zweiten Vorentwurf eines
b) { Uebereinkommens 1971
- c) wenn der Gegenstand des europäischen Patents weiter ist als der Inhalt der eingereichten europäischen Patentanmeldung oder, wenn das Patent auf einer Teilanmeldung oder einer nach Artikel 16 eingereichten neuen Anmeldung beruht, als der Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung;
- d) wenn der Schutzbereich des europäischen Patents im Einspruchsverfahren entgegen Artikel 137 b Absatz 5 erweitert worden ist;
- e) wenn der Inhaber des europäischen Patents nicht nach Artikel 15 berechtigt ist.

- (2) { Unverändert gegenüber dem
{ Zweiten Vorentwurf eines
{ Uebereinkommens 1971

Artikel 136

Beweisaufnahme

(1) In den Verfahren vor einer Prüfungsabteilung, einer Einspruchsabteilung oder einer Beschwerdekammer sind insbesondere folgende Beweismittel zulässig:

- a) Vernehmung der Beteiligten;
- b) Einholung von Auskünften und Vorlegung von Urkunden;
- c) Vernehmung von Zeugen;
- d) Begutachtung durch Sachverständige;
- e) Einnahme des Augenscheins;
- f) Abgabe einer eidesstaatlichen Versicherung.

(2) unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines Uebereinkommens - 1971

(3) {
(4) { - gestrichen -
(5) {

(6) Hält das Europäische Patentamt die mündliche Vernehmung eines Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen für erforderlich, so wird

- a) der Betroffene zu einer Vernehmung vor dem Europäischen Patentamt geladen oder
- b) das nach Artikel 63 zuständige Gericht des Staats, in dem der Betroffene seinen Wohnsitz hat, ersucht, den Betroffenen zu vernehmen.

Artikel 136 (Fortsetzung)

(7) Ein nach Absatz 6 Buchstabe a geladener Beteiligter, Zeuge oder Sachverständige kann beim Europäischen Patentamt beantragen, dass er vor einem zuständigen Gericht im Wohnsitzstaat vernommen wird. Nach Erhalt eines solchen Antrags oder, falls innerhalb der vom Europäischen Patentamt in der Ladung festgesetzten Frist keine Äusserung auf die Ladung erfolgt ist, kann das Europäische Patentamt gemäss Artikel 63 das zuständige Gericht ersuchen, den Betroffenen zu vernehmen.

(8) Hält das Europäische Patentamt die Beeidigung eines von ihm vernommenen Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen für zweckmässig, so kann es das zuständige Gericht im Wohnsitzstaat des Betroffenen um Wiederholung der Vernehmung und um Beeidigung ersuchen.

(9) Ersucht das Europäische Patentamt das zuständige Gericht um Vernehmung, so kann es das Gericht ersuchen, die Aussage zu beeidigen und es einem Mitglied des betreffenden Organs zu gestatten, der Vernehmung beizuwohnen und über das Gericht oder unmittelbar Fragen an die Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen zu richten.

Artikel 137 a

Europäische Teilanmeldung

(1) Eine europäische Teilanmeldung ist unmittelbar beim Europäischen Patentamt einzureichen und kann für einen in einer früheren europäischen Patentanmeldung enthaltenen Erfindungsgegenstand eingereicht werden:

a) jederzeit, nachdem die frühere Anmeldung dem Europäischen Patentamt zugegangen ist; nach Beginn der Prüfung jedoch nur, wenn die Prüfungsabteilung dies für sachdienlich hält;

b) unverändert gegenüber Dokument BR/134/71

(2) Die Beschreibung und die Zeichnungen der früheren Anmeldung und einer Teilanmeldung sollen sich nach Möglichkeit nur auf den Gegenstand beziehen, für den in der betreffenden Anmeldung Schutz begehrt wird. Ist es erforderlich, in einer Anmeldung einen Gegenstand zu beschreiben, für den in einer anderen Anmeldung Schutz begehrt wird, so ist auf diese zu verweigern.

(3) {
(4) { unverändert gegenüber Dokument BR/134/71

Artikel 137 b (neu)

Aenderung der europäischen Patentanmeldung und des
europäischen Patents

(1) Eine europäische Patentanmeldung und ein europäisches Patent dürfen nicht in der Weise geändert werden, dass ihr Gegenstand weiter ist als der Inhalt der eingereichten Anmeldung. Handelt es sich um eine Teilanmeldung, eine nach Artikel 16 eingereichte neue Anmeldung oder ein Patent, das aufgrund einer dieser Anmeldungen erteilt worden ist, so darf der Gegenstand der Anmeldung oder des Patents nicht weiter sein als der Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung.

(2) Vor Erhalt des Berichts über den Stand der Technik darf der Anmelder die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen einer europäischen Patentanmeldung nicht ändern, es sei denn, dass im Uebereinkommen oder in der Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen etwas anderes vorgesehen ist.

(3) Nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik und vor Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung kann der Anmelder auf einen oder mehrere der ursprünglichen Patentansprüche der Anmeldung verzichten oder neue oder geänderte Patentansprüche vorlegen. Macht der Anmelder von dieser Möglichkeit Gebrauch, so sind anstelle der ursprünglichen Patentansprüche insoweit die neuen oder geänderten Patentansprüche für das Schutzbegehren massgebend, als der Gegenstand der letzteren nicht über das hinausgeht, was in der Anmeldung beschrieben worden ist. Der Anmelder hat eine Uebersetzung der neuen oder geänderten Patentansprüche in die beiden anderen in Artikel 34 Absatz 1 vorgesehenen Sprachen einzureichen.

Artikel 137 b (Fortsetzung)

(4) Nach Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung kann der Anmelder von sich aus die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen einmal ändern. Weitere Änderungen dürfen nur mit Zustimmung der Prüfungsabteilung vorgenommen werden.

(5) Im Einspruchsverfahren dürfen die Patentansprüche des europäischen Patents nicht in der Weise geändert werden, dass der Schutzbereich erweitert wird.

Artikel 141

Fristen

In der Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen wird bestimmt:

- a) die Art der Berechnung der im Uebereinkommen festgelegten oder vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Fristen sowie die Voraussetzungen, unter denen diese Fristen verlängert werden können, wenn das Europäische Patentamt oder die in Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörden geschlossen sind oder am Sitz des Europäischen Patentamts oder der genannten Behörden Postsendungen nicht zugestellt werden;
- b) die Mindest- und die Höchstdauer der vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Fristen.

Artikel 171

Aufrechterhaltung wohlerworbener Rechte

- (1) {
- (2) { Unverändert gegenüber dem Zweiten Vor-
- (3) { entwurf eines Uebereinkommens - 1971
- (4) {

Bemerkung zu Artikel 171:

- gestrichen -

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 16

Nummer 3

Aussetzung des Einspruchsverfahrens

(1) Wird dem Europäischen Patentamt im Verlauf der Prüfung eines Einspruchs gegen ein europäisches Patent nachgewiesen, dass ein Verfahren eingeleitet ist, in dem festgestellt werden soll, dass das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 des Ueberkommens bezeichneten Person zusteht, die nicht der Patentinhaber ist, so setzt das Europäische Patentamt das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs aus, es sei denn, dass derjenige, der das europäische Patent geltend macht, der Fortsetzung dieses Verfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich.

(2) Wird der in Absatz 1 vorgesehene Nachweis im Verlauf der Einspruchsfrist erbracht, so setzt das Europäische Patentamt vorbehaltlich der in Absatz 1 vorgesehenen Zustimmung die Prüfung der gegen das europäische Patent eingelegten Einsprüche aus.

(3) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, dass in dem Verfahren zur Geltendmachung des europäischen Patents eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Patentinhabers ergangen ist, so teilt das Europäische Patentamt den Beteiligten mit, dass das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs nach Zustellung dieser Mitteilung an den Patentinhaber mit diesem fortgesetzt oder begonnen wird. Ist die Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das europäische Patent geltend gemacht hat, so wird das Verfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt oder begonnen.

(4) Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 16) Absätze 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.

Bemerkung zu Nummer 3 zu Artikel 16: - gestrichen -

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 16

Nummer 4

Beschränkung des Verzichts auf das europäische
Patent

Vom Tag des Eingangs der Mitteilung beim Europäischen Patentamt, dass ein in Artikel ... (Nummer 3 zu Artikel 16) genanntes Verfahren eingeleitet ist, kann bis zum Beginn oder der Fortsetzung des Einspruchsverfahrens in keinem Vertragsstaat auf das europäische Patent verzichtet werden, es sei denn, dass derjenige, der das genannte Verfahren eingeleitet hat, zustimmt. Wird der Nachweis, dass dieses Verfahren eingeleitet ist, nach Ablauf eines Monats nach Eingang der Mitteilung nicht erbracht, so ist der Patentinhaber bis zum Tag der Vorlage dieses Nachweises wieder berechtigt, auf das Patent zu verzichten.

Bemerkung zu Nummer 4 zu Artikel 16:

- gestrichen -

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 56 (neu)

Nummer 1

Verfahrensordnung der Beschwerdekammern

Das in Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 53) vorgesehene
Präsidium erlässt die Verfahrensordnung der Beschwerdekammern.
Sie bedarf der Genehmigung des Verwaltungsrates.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 57 (neu)

Nummer 1

Verfahrensordnung der Grossen Beschwerdekammer

Die Grosse Beschwerdekammer erlässt ihre Verfahrens-
ordnung, die der Genehmigung des Verwaltungsrats bedarf.

Nummer 1 zu Artikel 63: Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt eine Zentrale Behörde, die vom Europäischen Patentamt ausgehende Rechtshilfeersuchen entgegenzunehmen und der zuständigen Behörde zur Erledigung zuzuleiten hat.

(2) Das Europäische Patentamt fasst Rechtshilfeersuchen in der Sprache der zuständigen Behörde ab oder fügt den Rechtshilfeersuchen eine Uebersetzung in diese Sprache bei.

(3) (neu) Vorbehaltlich der Absätze 5 und 6 hat die zuständige Behörde bei der Erledigung eines Ersuchens in den Formen zu verfahren, die sein Recht vorsieht. Sie hat insbesondere geeignete Zwangsmittel nach Massgabe ihrer Rechtsvorschriften anzuwenden.

(4) (neu) Ist die ersuchte Behörde nicht zuständig, so ist das Rechtshilfeersuchen von Amts wegen unverzüglich an die zuständige Behörde desselben Staats abzugeben.

(5) (neu) Das Europäische Patentamt ist von Zeit und Ort der durchzuführenden Beweisaufnahme oder der anderen vorzunehmenden gerichtlichen Handlungen zu benachrichtigen und unterrichtet seinerseits die betreffenden Parteien, Zeugen und Sachverständigen.

(6) (neu) Auf Ersuchen des Europäischen Patentamts gestattet die zuständige Behörde die Teilnahme von Mitgliedern des betreffenden Organs und erlaubt diesen an vernommene Personen unmittelbar oder über die zuständige Behörde Fragen zu richten.

(7) (neu) Für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen dürfen Gebühren und Auslagen irgendwelcher Art nicht erhoben werden. Der ersuchte Staat ist jedoch berechtigt, vom Europäischen Patentamt die Erstattung der an Sachverständige und an Dolmetscher gezahlten Entschädigung sowie der Auslagen zu verlangen, die durch das Verfahren nach Absatz 6 entstanden sind.

(8) (neu) Haben nach dem Recht des ersuchten Staates die Parteien selbst für die Aufnahme der Beweise zu sorgen und ist die ersuchte Behörde zur Erledigung des Rechtshilfeersuchens äusserstade, so kann diese Behörde mit Einverständnis des Europäischen Patentamts eine geeignete Person mit der Erledigung beauftragen. Bei der Einholung des Einverständnisses des EPA gibt die zuständige Behörde die ungefähre Höhe der Kosten an, die durch dieses Verfahren entstehen. Durch sein Einverständnis verpflichtet sich das Europäische Patentamt, die entstehenden Kosten zu erstatten; ohne ein solches Einverständnis ist das Europäische Patentamt zur Zahlung der Kosten nicht verpflichtet.

.../...

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 65 (neu)

Nummer 1

Mitteilung an den Anmelder

Das Europäische Patentamt teilt dem Anmelder mit, dass die Anmeldung von der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz an das Europäische Patentamt weitergeleitet worden ist.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 101

Nummer 6 (neu)

Beitritt des vermeintlichen Patentverletzers zu einem
vor dem Europäischen Patentamt anhängigen Einspruchsverfahren

Die Artikel (Nummern 1, 2, 3, 4 und 5 zu Artikel 101)
sind auf den in Artikel 106 a des Uebereinkommens vorgesehenen Bei-
tritt entsprechend anzuwenden.

Nummer 2 zu Artikel 130: Jahresgebühren für europäische Teil-
anmeldungen

Die Jahresgebühren für eine europäische Teilanmeldung sind innerhalb einer Frist von vier Monaten nach ihrer Einreichung zu entrichten. Artikel 130 Absätze 2, 2 a und 3 des Übereinkommens ist anzuwenden.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 136

Nummer 5

Vernehmung von Beteiligten, Zeugen und
Sachverständigen

(1) Die Beteiligten können an der Beweisaufnahme teilnehmen und sachdienliche Fragen an die Zeugen und Sachverständigen richten.

(2) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige werden vor ihrer Vernehmung darauf hingewiesen, dass das Europäische Patentamt das zuständige Gericht ihres Wohnsitzstaats um deren Beeidigung ersuchen kann.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 136

Nummer 7

Beweissicherung

(1) Das Europäische Patentamt kann auf Antrag zur Sicherung eines Beweises unverzüglich eine Beweisaufnahme über Tatsachen vornehmen, die für eine Entscheidung von Bedeutung sein können, die das Europäische Patentamt hinsichtlich einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents wahrscheinlich zu treffen hat, wenn zu besorgen ist, dass die Beweisaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt erschwert oder unmöglich sein wird. Der Zeitpunkt der Beweisaufnahme ist dem Anmelder oder Patentinhaber so rechtzeitig mitzuteilen, dass er daran teilnehmen kann. Er kann sachdienliche Fragen stellen.

(2)

a)

b)

c)

d)

e)

Unverändert gegenüber dem
Ersten Vorentwurf einer
Ausführungsordnung - 1971

(3)

(4)

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 140

Nummer 1

Ladung zur mündlichen Verhandlung

(1) Die Beteiligten werden unter Hinweis auf Absatz 2 zur mündlichen Verhandlung geladen. Artikel ... (Nummer 3 zu Artikel 136) Absatz 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

(2) Ist ein zu einer mündlichen Verhandlung ordnungsgemäss geladener Beteiligter vor dem Europäischen Patentamt nicht erschienen, so kann das Verfahren ohne ihn fortgesetzt werden.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 140

Nummer 2

Ablauf der mündlichen Verhandlung

- gestrichen -

BR/GT I/141 d/71

.../...

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 141

Nummer 2

Verlängerung von Fristen

(1) Ist der letzte Tag einer Frist ein Tag, an dem das Europäische Patentamt zur Entgegennahme von Schriftstücken nicht geöffnet ist oder an dem gewöhnliche Postsendungen am Ort des Sitzes des Europäischen Patentamts nicht zugestellt werden, so erstreckt sich die Frist auf den nächstfolgenden Tag, an dem das Europäische Patentamt zur Entgegennahme von Schriftstücken geöffnet ist und an dem gewöhnliche Postsendungen zugestellt werden.

(2) unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf
einer Ausführungsordnung - 1971

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 141

Nummer 3

Dauer der Fristen

Ist im Uebereinkommen eine Frist vorgesehen, die vom Europäischen Patentamt zu bestimmen ist, so darf diese Frist auf nicht weniger als zwei Monate und nicht mehr als vier Monate festgesetzt werden. In besonders gelagerten Fällen kann die Frist vor Ablauf auf Antrag verlängert werden.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 145

Nummer 7

Unterbrechung des Verfahrens

(1) Das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wird unterbrochen:

- a) unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf einer Ausführungsordnung - 1971
- b) wenn der Anmelder oder Patentinhaber aufgrund eines gegen sein Vermögen gerichteten Verfahrens aus rechtlichen Gründen verhindert ist, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fortzusetzen;
- c) im Fall des Todes oder der Handlungsunfähigkeit des Vertreters des Anmelders oder Inhabers des Patents.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt bekannt, wer in den Fällen des Absatzes 1 Buchstaben a und b die Berechtigung erlangt hat, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fortzusetzen, so teilt es dieser Person und gegebenenfalls den übrigen Beteiligten mit, dass das Verfahren nach Ablauf einer von ihm zu bestimmenden Frist wieder aufgenommen wird.

Nummer 7 zu Artikel 145 (Fortsetzung)

(2a) Im Fall des Absatzes 1 Buchstabe c wird das Verfahren wieder aufgenommen, wenn dem Europäischen Patentamt die Bestellung eines neuen Vertreters des Anmelders angezeigt wird oder das Europäische Patentamt die Anzeige über die Bestellung eines neuen Vertreters des Patentinhabers den übrigen Beteiligten zugestellt hat. Hat das Europäische Patentamt drei Monate nach dem Beginn der Unterbrechung des Verfahrens noch keine Anzeige über die Bestellung eines neuen Vertreters erhalten, so teilt es dem Anmelder oder Patentinhaber mit:

- a) im Fall des Artikels 154 Absatz 2 des Übereinkommens, dass die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent widerrufen wird, wenn die Anzeige nicht innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Zustellung dieser Mitteilung erfolgt, oder,
- b) wenn der Fall des Artikels 154 Absatz 2 nicht vorliegt, dass das Verfahren vom Tag der Zustellung dieser Mitteilung an mit dem Anmelder oder Patentinhaber wieder aufgenommen wird.

(3) Die am Tag der Unterbrechung für den Anmelder oder Patentinhaber laufenden Fristen, mit Ausnahme der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags und der Frist für die Entrichtung der Jahresgebühren, beginnen an dem Tag von neuem zu laufen, an dem die Mitteilung nach Absatz 2 oder Absatz 2 a Satz 2 zugestellt wird oder das Verfahren nach Absatz 2 a Satz 1 wieder aufgenommen wird. Liegt dieser Tag später als zwei Monate vor Ablauf der Frist

Nummer 7 zu Artikel 145 (Fortsetzung)

zur Stellung des Prüfungsantrags, so kann ein Prüfungsantrag noch bis zum Ablauf von zwei Monaten nach diesem Tag gestellt werden.

- (4) unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf
einer Ausführungsordnung - 1971
-